

872 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. Dezember 1972 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Urheberrechtsgesetz geändert wird (Urheberrechtsgesetznovelle 1972)

Der gegenständliche Gesetzesbeschluß des Nationalrates hat im wesentlichen eine Anpassung des österreichischen Urheberrechtsgesetzes zum Ziel, die im Zusammenhang mit der beabsichtigten Ratifikation des Internationalen Abkommens über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendunternehmen steht. Außerdem ist auch eine Verlängerung der allgemeinen urheberrechtlichen Schutzfrist von derzeit 50 auf 70 Jahre vorgesehen. Ebenso sollen Urheberrechte an Filmwerken und Schallträgern bzw. Schutzfristen zugunsten der ausübenden Künstler und der Hersteller von Schallträgern um 20 Jahre erstreckt werden. Die Schutzfrist zugunsten der Lichtbildhersteller soll um 10 Jahre verlängert werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. Dezember 1972 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. Dezember 1972 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Urheberrechtsgesetz geändert wird (Urheberrechtsgesetznovelle 1972), wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 20. Dezember 1972

R e m p l b a u e r
Berichterstatter

Dr. F r u h s t o r f e r
Obmann